Schweizerisches Bundesblatt.

29. Jahrgang. II.

Nr. 23.

19. Mai 1877.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Franken.
Einrückungsgebühr per Zeile 15 Rp. — Inserate sind franko an die Expedition einzusenden
Druk und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei in Bern.

Kommissional-Bericht aus dem schweiz. Ständerathe

über

die Einführung erläuternder Botschaften zu den Referendums-
vorlagen an das Volk.

(Vom 16. März 1877.)

Herr Präsident!

Meine Herren Ständeräthe!

Mit Botschaft vom 14. Februar 1877*) entledigte sich der Bundesrath des Auftrages, den ihm die Bundesversammlung bereits unterm 1. Juli 1875 mit folgendem Postulate (Nr. 34) ertheilt hat:

„Der Bundesrath wird eingeladen, die Frage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob bei Volksabstimmungen über Gesetze und Beschlüsse nicht eine offizielle Kundgebung von Seite der Bundesversammlung oder des Bundesrathes an das Schweizer-volk gerichtet werden soll.“

Die von Ihnen in der Angelegenheit bestellte Kommission beehrt sich, Ihnen dießfalls folgenden Bericht zu erstatten.

Nach der Ansicht des Bundesrathes hätte diese Frage auch anläßlich der Revision des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr zwischen den eidg. Räthen behandelt werden können. Es lag dieses dem Bundesrathe um so näher, als derselbe auf Einladung der Bundesversammlung vom 17. März 1876 (Postulat Nr. 76) jene Revision bereits an die Hand genommen hat.

*) Bundesblatt 1877, I, 265.

In Betracht jedoch, daß die Traktandenliste der Bundesversammlung gegenwärtig ohnehin schon mit mehreren und zwar höchst wichtigen Gesetzesvorlagen beschwert sei, so zog der Bundesrath es vor, für einstweilen die Vorlage eines revidirten Gesetzes über den Geschäftsverkehr der Rätthe zu verschieben und sich darauf zu beschränken, die zur Zeit dringendere Spezialfrage des eingangs angeführten Postulates zu behandeln.

Diese Betrachtung hat Ihre Kommission im Hinblikk auf die Thatsache gerechtfertiget gefunden, daß seit dem Bestande der gegenwärtigen Bundesverfassung bereits vier Bundesgesetze nach Art. 89 der Verfassung in Volksabstimmung gezogen worden sind, nämlich das Gesetz über Zivilstand und Ehe, das Gesetz über Stimmberechtigung, das Gesetz über Banknoten und endlich das Gesetz über die Militär-Ersatzsteuer.

Von diesen Gesetzesvorlagen wurde bekanntlich nur die erste angenommen und die drei übrigen vom Volke verworfen.

Von diesen verworfenen Vorlagen befinden sich zwei, wegen ihrer Dringlichkeit, schon wieder in neuer Behandlung bei den gesetzgebenden Rätthen; und bei den mannigfachen und großen Schwierigkeiten, mit denen eine glückliche Erledigung nicht nur dieser beiden Gesetzesmaterien, sondern noch anderer, nicht minder wichtiger Gesetzesentwürfe, welche sich gleichzeitig an der Tagesordnung befinden, verbunden ist, dürfte man kaum allzu großer Aengstlichkeit beschuldigt werden, wenn man bei dem einen und andern dieser gesetzgeberischen Erlasse die Anwendung von Art. 89 der Bundesverfassung in Aussicht nimmt und sich auf daherige Eventualitäten vorbereitet.

Soviel über die Opportunität des durch das Postulat vom 1. Juli 1875 in Frage gezogenen Erlasses.

Was nun die Sache selbst betrifft, so ist über dieselbe bereits insoweit grundsätzlich entschieden, als die Bundesversammlung seiner Zeit die Erheblichkeit des Postulates erklärt hat. Allein der Bundesrath hat auch noch weitere und zwar historische Motive für die Sache gefunden, indem er auf diejenigen Kantone hinweist, in denen so oder anders das Referendum besteht. Wenn auch nicht in allen, so ist es doch in den meisten derselben üblich geworden, daß die betreffende Behörde jeden der Volksabstimmung unterliegenden Gesetzesentwurf oder sonstigen verfassungsmäßig dem Volksreferendum unterstellten Erlaß mit einem Vorworte oder einer Ansprache an die Mitbürger begleitet, worin sie denselben die Veranlassung und die Motive kundgibt und auseinandersetzt, welche dem dem souveränen Entscheide des Volkes unterstellten Erlasse

zu Grunde liegen. Dieses Vorgehen entspricht denn auch dem Geiste der Demokratie in durchaus geziemender Weise, indem es von der Absicht getragen ist, dem Volke diejenige Einsicht in die seinem Entscheide unterstellten gesezzgeberischen Vorlagen zu verschaffen, welche der Würde seiner Souveränität entspricht, mit der es das lezzte Wort in der Gesezzgebung des Landes zu sprechen berufen ist. Es liegt darin die erste und höchste Bedingung zugleich der politischen Moral und der wahren republikanischen Freiheit, daß es, unbeirrt von blinder Leidenschaft oder einseitiger Parteiführung, mit eigenem, klarem Bewußtsein das erhabene Recht der Theilnahme an der Gesezzgebung des Landes ausübe.

Es ist nun zwar richtig, daß bei uns sowohl die öffentliche Presse als die vielen politischen und anderen, mit besondern Zwekken bestehenden Vereine ebenfalls in vorkommenden Fällen die Aufgabe der daherigen Belehrung des Volkes übernommen haben. Allein eben so richtig ist, was die bundesrätliche Botschaft in dieser Beziehung bemerkt.

Es wird nämlich nicht in Abrede gestellt werden können, daß die von diesen Seiten ausgehenden Besprechungen und Beurtheilungen der gesezzgeberischen Vorlagen im Allgemeinen nur zu oft von einseitigem Parteigeist beeinflusst und deshalb nicht immer von der wünschbaren Objektivität getragen sind. „Die Anhänger eines Gesezzes sind natürlich geneigt, die ersprießlichen Wirkungen desselben zu übertreiben, die Gegner aber pflegen den Sinn und die Tragweite des Entwurfes zu entstellen und oft bloß eingebilddete Uebelstände aus ihm abzuleiten. Zwischen diese zwei sich widersprechenden Stimmen gestellt, und in vielen Fällen nur im Besitze eines Parteiblattes, weiß der Gewissenhafte, der sich in der Sache Aufklärung verschaffen will, nicht, wo er einen sichern und leidenschaftlosen Kommentar finden könnte, der ihm doch nothwendig wäre, um sich über die Bedeutung aller Bestimmungen eines Gesezzes gehörig zu orientiren. Diesen Kommentar nun legt man eben in seine Hände, wenn das Gesezz mit einer solchen amtlichen Botschaft oder Kundgebung begleitet wird, welche in durchaus objektivem Sinne zu redigiren ist und im Wesentlichen kurz und klar die Gründe wiedergeben soll, die in der gesezzgebenden Behörde zur Annahme des Gesezzes beigetragen haben.“ Dabei wird diese Objektivität namentlich da Zutrauen erweckend hervortreten, wo die amtliche Botschaft die Gründe für und gegen zu würdigen veranlaßt ist.

Der Bundesrath findet daher seinerseits eine solche amtliche Kundgebung jeweilen vollständig gerechtfertigt. Wenn aber von

trachten seien, bezw. daß sie, durch jenen Geleitsbrief geleit, immer unversehrt und siegreich aus dem Hochhofen des Referendums hervorgehen werden. Abgesehen von den Erfahrungen, welche die Eidgenossenschaft dießfalls wiederholt mit Verfassungsabstimmungen gemacht hat, können uns namentlich die daherigen Erscheinungen in den Referendumskantonen zur Belehrung dienen.

Es gibt Referendumskantone, in welchen die Referendumsvorlagen ohne erklärendes Vorwort, ohne Botschaft u. dgl., an die Volksabstimmung gebracht werden. Und gleichwohl werden die daherigen Vorlagen bald angenommen und bald verworfen.

Und wieder gibt es Referendumskantone, in denen jede Referendumsvorlage mit einer objektiv gehaltenen Bevorwortung, gerade wie wir sie heute für das eidg. Referendum einzuführen beabsichtigen, dem Volke zur Entscheidung vorgelegt wird. Und gleichwohl werden die daherigen Vorlagen wiederum bald verworfen und bald angenommen.

Die Kommission erblickt daher in dem vorgeschlagenen Relief zu unserm eidg. Referendum in keiner Weise irgendwelche feste und zuverlässige Asssekuranz der künftigen eidg. Legislatur. Sie faßt die Sache mit dem Bundesrathe aus dem Gesichtspunkte der politisch - sittlichen Würde eines republikanischen Volkes auf, das verfassungsgemäß das hohe Recht besitzt, aber bei diesem Rechte auch die ernste Pflicht auf sich hat, mit geistiger Selbständigkeit und freier Einsicht an der Gesezzgebung des Bundes unmittelbaren Antheil zu nehmen.

Die Kommission beantragt Ihnen deshalb einmüthig: Es sei in die artikelweise Berathung des vom Bundesrathe vorgeschlagenen Bundesbeschlusses einzutreten, wobei sie sich vorbehält, bei der artikelweisen Berathung die von ihr gestellten Abänderungsanträge speziell näher zu begründen.

Bern, am 16. März 1877.

Der Berichterstatter:

A. Keller.

Mitglieder der Kommission:

Keller.
Morel.
Kopp.
Zangger.
Sonderegger.

Anhang.

A.

Entwurf der ständeräthlichen Kommission.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft
beschließt:

Art. 1. Wenn ein Bundesgesetz oder ein Bundesbeschluß nach Art. 89 der Bundesverfassung einer Volksabstimmung unterstellt wird, so soll jeweilen gleichzeitig mit dem Gesetz oder Beschluß den stimmberechtigten Bürgern eine offizielle, objektiv, kurz und klar gehaltene Kundgebung über die Gründe zugestellt werden, welche die Bundesversammlung zur Annahme des Gesetzes oder Beschlusses bewogen haben.

Es bleibt der Bundesversammlung anheimgestellt, schon die Bekanntmachung solcher Erlasse mit einer derartigen Kundgebung zu begleiten.

Art. 2. In der Regel ist der Bundesrath beauftragt, diese Botschaft abzufassen und zu unterzeichnen. Immerhin kann jedoch die Bundesversammlung in getrennter Berathung der beiden Rätthe bestimmen, daß sie einen Ausschuß aus ihrer Mitte damit beauftrage.

B.**Beschluss des Ständerathes.**

16. März 1877.

Bundesbeschluss

betreffend

Begleitung der einer Volksabstimmung zu unterstellenden Bundesgesetze oder Bundesbeschlüsse mit erläuternden Botschaften.

Die Bundesversammlung
der

schweiz. Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des
Bundesrathes vom 14. Februar 1877,

beschließt:

Art. 1. Wenn ein Bundesgesetz oder ein Bundesbeschluss nach Artikel 89 der Bundesverfassung einer Volksabstimmung unterstellt wird, so soll jeweilen mit dem Gesetz oder Beschluss bei dessen Bekanntmachung vor der Abstimmung eine offizielle, objektiv, kurz und klar gehaltene Kundgebung über die Gründe verbunden werden, welche die Bundesversammlung zur Annahme des Gesetzes oder Beschlusses bewogen haben.

Art. 2. In der Regel ist der Bundesrath beauftragt, diese Botschaft abzufassen und zu unterzeichnen. Immerhin bleibt den beiden Räthen unbenommen, bei Berathung eines Gesetzes ausnahmsweise zu beschließen, daß ein Ausschuss aus ihrer Mitte die Botschaft entwerfen soll.

C.**Antrag der Kommissionsmehrheit
des Nationalrathes.**

20. März 1877.

(Vögelin, Weber, Lurati, Morel.)

Bundesbeschluss

betreffend

Begleitung der Bundesgesetze
oder Bundesbeschlüsse mit
erläuternden Botschaften.

(Einleitung wie neben.)

Art. 1. Jeweilen wenn die eidgenössischen Räthe sich über ein Bundesgesetz oder einen Bundesbeschluss geeinigt haben, fassen sie zugleich einen Entscheid, ob die Publikation desselben von einer kurzen sachlichen Darlegung der Gesichtspunkte begleitet sein soll, welche die Bundesversammlung zur Annahme des betreffenden Gesetzes oder Beschlusses geführt haben.

Art. 2 und 3. Wie im Ständerath.

In diesen Fällen wählt jeder Rath eine gleiche Zahl von Delegirten, welche die Botschaft gemeinsam zu entwerfen und namens beider Räthe zu unterzeichnen haben.

Art. 3. Gegenwärtiger Beschluß tritt sofort in Wirksamkeit.

D.

Antrag der Kommissions- Minderheit des Nationalrathes.

(Büzberger.)

20. März 1877.

Art. 1. Wenn ein Bundesgesetz oder ein Bundesbeschluß nach Artikel 89 der Bundesverfassung einer Volksabstimmung unterstellt wird, so sollen vor der Abstimmung mit dem Gesetz oder Beschluß in einer Botschaft an das Schweizervolk auch die Gründe angegeben werden, welche die Bundesversammlung zur Annahme des Gesetzes oder Beschlusses bewogen haben.

Art. 2 und 3. Zustimmung zum Ständerath.

E.

Der Nationalrath hat am 24. und der Ständerath am 27. März 1877 beschlossen: dem betreffenden Postulate keine weitere Folge zu geben.

Bericht

der

Kommission des Ständeraths, betreffend den Gesetzentwurf über die politischen Rechte der Niederglassenen und Aufenthalter und den Verlust der politischen Rechte der Schweizerbürger.

(Vom 3. März 1877).

Tit. I

Der Artikel 47 der Bundesverfassung schreibt vor: „Ein Bundesgesetz wird den Unterschied zwischen Niederlassung und Aufenthalt bestimmen und dabei gleichzeitig über die politischen und bürgerlichen Rechte der schweizerischen Aufenthalter die nähern Vorschriften aufstellen.“

In Ausführung dieses Artikels hatten die eidgenössischen Räte, in ihrer Session vom Dezember 1874, ein Gesetz über das Stimmrecht der Schweizerbürger angenommen. Unterm 23. Mai 1875 der verfassungsmäßigen Probe, dem Referendum, unterstellt, wurde dieses Gesetz von 207,263 Bürgern verworfen, gegen 202,583 annehmende, also mit einer Mehrheit von 4680 Stimmen.

Wir wollen nicht allen Beweggründen nachspüren, welche zu dieser Verwerfung geführt haben, sondern uns darauf beschränken, daran zu erinnern, daß, der allgemeinen Meinung zufolge, diese Verwerfung durch folgende zwei Hauptgründe verursacht worden ist: einem Theile der Bevölkerung, besonders in der deutschen Schweiz, war das Gesetz zu freisinnig in Bezug auf die Ausübung der politischen Rechte, und dagegen einem andern Theile, nament-

Kommissional-Bericht aus dem Schweiz. Ständerathe über die Einführung erläuternder Botschaften zu den Referendumsvorlagen an das Volk. (Vom 16 März 1877.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1877
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	23
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.05.1877
Date	
Data	
Seite	743-751
Page	
Pagina	
Ref. No	10 009 563

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.